

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

**Planungs- und Entscheidungsvorlage zur
Weiterentwicklung der Seniorenzentren zu
Stadtteil- und Familienzentren unter
Einbeziehung der Bürgerämter in
Heidelberg**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Sozialausschuss	25.09.2012	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	02.10.2012	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Sozialausschuss und der Gemeinderat nehmen die Planungs- und Entscheidungsvorlage zur „Weiterentwicklung der Seniorenzentren zu Stadtteil- und Familienzentren unter Einbeziehung der Bürgerämter in Heidelberg“ zur Kenntnis und beauftragen die Verwaltung, die sich daraus ergebenden weiteren Schritte und Maßnahmen auf der Grundlage des Gutachtens zu entwickeln.

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Gutachten „Planungs- und Entscheidungsvorlage zur Weiterentwicklung der Seniorenzentren zu Stadtteil- und Familienzentren unter Einbeziehung der Bürgerämter in Heidelberg“

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 10	+	Geeignete Infrastruktur für alte Menschen Begründung: Auf Grund des demografischen Wandels müssen die Ziele der nächsten Jahre im Bereich der Seniorenarbeit überprüft und fortgeschrieben werden. Ziel/e:
SOZ 3	+	Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern
DW 2	+	Ein aktives und solidarisches Stadtleben ermöglichen Begründung: In einer älter werdenden Gesellschaft müssen Strukturen zur gesellschaftlichen Teilhabe für alle ermöglicht und Bürgerschaftliches Engagement bewusst gefördert und initiiert werden. Erfüllendes Engagement für die Gesellschaft fördert ein gesundes und zufriedenes Altern. Ziel/e:
DW 5		Unterschiedliche Bedürfnisse Älterer differenzierter berücksichtigen
DW 6		Generationenbeziehung und Generationensolidarität sowie das Ehrenamt stärken Begründung: Durch eine an den Erfordernissen orientierte Seniorenarbeit soll gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen für das Gesamtwohl gestärkt, aber auch eingefordert werden.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

1. Hintergrund

Seit einigen Jahren beschäftigt sich sowohl die Verwaltung als auch die Politik in unterschiedlichen Kontexten mit der Fragestellung der Weiterentwicklung der Seniorenzentren hin zu Stadtteil- und Familienzentren.

Bereits 2007/ 2008 wurde der Frage im Rahmen der Evaluation der Seniorenzentren nachgegangen. In der „Zusammenfassenden Bewertung der bisherigen Arbeit und Empfehlungen für die zukünftige Gestaltung“ (s. Anlage 1 zur Drucksache: 0042/2009/IV) heißt es auf S.5:

„Die Fortführung der bisherigen Arbeit hat aber höchste Priorität – sie kann nicht in einem Mehrgenerationenhaus aufgehen. Die in Zukunft immer wichtiger werdende Differenzierung in spezifische Angebote für das 3. und 4. Lebensalter ist nur so leistbar. ... Die personellen, inhaltlichen und finanziellen Anforderungen an ein Mehrgenerationenhaus müssen gesondert von den Erfordernissen an ein Seniorenzentrum gesehen werden“.

Im Haushaltsplan 2011/12 wurden dem Amt 50 seitens der Politik in den Maßnahmen 205 ff – basierend auf dem Handlungskonzept „Demografischer Wandel“ (2004) – unter anderem die Schaffung von Stadtteil- und Familienzentren, die Weiterentwicklung der Seniorenzentren und der kontinuierliche Ausbau der Angebote in den Bürgerämtern zugeschrieben.

Im März 2012 hat die Verwaltung eine Vorlage „Seniorenarbeit in Heidelberg-Weiterentwicklung“ (Drucksache 0029/2012/IV) vorgelegt, in der sie unter anderem darlegt, dass sie beabsichtigt, zu der Fragestellung der Weiterentwicklung der Seniorenzentren zu Stadtteil- und Familienzentren in Heidelberg die Hochschule Mannheim mit einem Gutachten zu beauftragen.

Von Mitte März 2012 bis September 2012 wurde dieses Gutachten, inklusive der Datenanalyse und unter Einbeziehung sehr vieler Akteure vor Ort, erstellt. Es ist dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügt.

2. Vorgehen

Die Hochschule Mannheim unter der Federführung von Frau Professor Dr. Astrid Hedtke-Becker und Herrn Professor Dr. Rainer Kilb haben eine partizipative, schrittweise aufeinander bezogene Vorgehensweise gewählt, in der die jeweiligen Ergebnisse diskutiert, dokumentiert und dann wieder den nächsten Akteursgruppen vorgelegt wurden. Hintergrund war vor allem, die nachfolgenden Planungsprozesse nachhaltig gestalten zu können.

Schritte im Einzelnen:

- umfangreiche Datenanalyse der einzelnen Stadtteile und Einteilung in Stadtteiltypen
- Klärung der unterschiedlichen Begrifflichkeiten, um dann eine gemeinsame Basis zu entwickeln.
- Befragungen von Freiwilligen, Akteuren, Persönlichkeiten aus den Stadtteilen und in der Politik Erfahrenen, um möglichst praxisnahe Ergebnisse zu entwickeln.
- Begehungen einzelner Standorte, um sich einen einprägsamen eigenen Eindruck zu verschaffen
- Diskurse in Akteursgruppen (Mitarbeiter/innen der SZ (Seniorenzentren), Verwaltung, Politik, Projektbeirat...)
- Erstellen des Gutachtens inklusive Datenanalyse und Anhang

2.1 Stadtteiltypen

Auf der Grundlage der Datenanalyse durch die Hochschule Mannheim und der geführten Interviews, abgeglichen durch die Diskussionen in den Diskussionsforen, wurden 4 Stadtteiltypen identifiziert:

- **Stadtteiltyp I:** Altstadt/City als überregionale und internationale „Global Area“: Funktionen: Bildung/Wissenschaft/internationaler Tourismus/ Konsum/ Verwaltung/ zentrale (Versorgungs-)Einrichtungen/ studentisches Wohnen
- **Stadtteiltyp II:** Stadtteile mit Transit und /oder Innenstadt ergänzenden Funktionen: Neuenheim, Bergheim, Weststadt, Südstadt, perspektivisch Bahnstadt
- **Stadtteiltyp III:** in sich integrierte Stadtteile mit ausgeprägter Identität, Eigenleben und größeren zivilgesellschaftlichen Selbsthilfepotentialen: Ziegelhausen/Schlierbach, Rohrbach, Wieblingen, Kirchheim, Handschuhsheim, Pfaffengrund
- **Stadtteiltyp IV:** Trabantenstadtteile und neue Quartiere mit eigener Infrastruktur: Emmertsgrund, Boxberg, Rohrbach-Hasenleiser und perspektivisch Bahnstadt sowie die Konversionsflächen

Da die eingangs benannten Zielsetzungen des Gemeinderats in einzelnen Stadtteilen teilweise umgesetzt wurden, wird davon ausgegangen, dass die weiteren Entwicklungen an den historischen und sozialstrukturellen Gegebenheiten in den Quartieren anknüpfen müssen.

2.2 Handlungsperspektiven:

Die Gutachter plädieren, ausgehend von nachfolgenden Handlungsperspektiven:

- Gewachsene Strukturen sollten erhalten und erwünschte neue Entwicklungen an diesen angesetzt werden.(z.B. SZ, Vereine, politische Vertretungsstrukturen..).
- zivilgesellschaftliche Strukturen sind ggfs unter Einbeziehung der vorhandenen Netzwerke zu ergänzen.(z.B. Kirchengemeinden, Stadtteilvereine, Vereine....).
- Auf Partizipation aller Lebensaltersgruppen ist zu achten.
- Übergeordnete Ziele sind zu identifizieren (in das bestehende Gemeinwesen hinein).
- Die identifizierten Ziele sollten, wo möglich, durch sinnvolle Ergänzungen vorhandener Strukturen umgesetzt werden.

für eine differenzierte Form der Verbesserung einer generationsübergreifenden Kommunikation.

Daraus wurden u.a. folgende **Handlungsvorschläge** abgeleitet:

- in einem ersten Schritt sollen die Arbeits- und Versorgungsansätze für ältere und alte Menschen deutlicher in stadtteilbezogene Gesamtkonzeptionen/Netzwerke integriert werden. In einem zweiten Entwicklungsschritt könnten Überlegungen zu Konzeptionen für eine räumlich-inhaltliche Integration hin zu Stadtteilzentren erwogen werden (insbes. bei Typ III).
- Stadtteilzentren (Bürgerzentren) oder Familienzentren kommen zunächst in Stadtteilen mit noch nicht vorhandenen traditionell geprägten Versorgungsnetzen in Betracht (Typ II und IV).
- Familienzentren könnten eher dort angesagt sein, wo die informellen und berufsbezogenen sozialen Netzwerkstrukturen weniger an den Wohnort selbst gebunden sind sowie in neuen Stadtteilen mit einem hohen Anteil junger Familien (Typ II und IV) Sinnvoll erscheint es, diese an KiTas und Schulen anzubinden oder diese Einrichtungen konzeptionell und baulich zu erweitern.
- Die Begriffe Seniorenzentren und Bürgerämter sollten, da sie etablierte Begriffe sind, weiter verwendet werden. Es sollten intensivere Stadtteilkooperationen bei allen Stadtteiltypen geprüft werden. Ggfs. könnten sich aus den intensivierten Kooperationsbezügen Konzeptionen zum Aufbau von Stadtteil-/Bürgerzentren entwickeln.

Abschließend wurden noch eine Reihe von Aspekten für eine verbesserte Organisation stadtteilbezogener Vernetzung und Kooperation aufgezeigt.

3. Fazit

Nach Einschätzung der Verwaltung leistet die Planungs- und Entscheidungsvorlage einen wichtigen Beitrag für die künftige Ausrichtung der Arbeit der Verwaltung und zur Erreichung der vom Gemeinderat vorgegebenen Ziele. Dies sehen die beteiligten Akteure ebenso.

gezeichnet

Dr. Joachim Gerner